Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie der Frauen- und Jugendzeitung einschließl. Bringerlohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährl. M 2.75 unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M 5.— Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Gr. Zwingerstraße 14, II. Tel. 3465. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Gr. Zwingerstraße 14. Tel. 1769. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6gespaltene Petitzeile mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 20 Pf. Inserate müssen bis spätestens ¾10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 286. | Dresden, Sonnabend den 10. Dezember 1910. | 21. Jahrg.

Buecks Abschied.

Der Name Bueck war seit Jahrzehnten ein Programm. Er war die Verkörperung aller zornvollen Bestrebungen des industriellen Großkapitalismus. Der Generalsekretär des Zentralverbands der Industriellen war immer ein fanatischer Eiferer und Donnerwetterer gegen alles, was Arbeiterbewegung, das selbständiges Arbeiterstreben hieß. So ist Bueck geblieben bis zum Ende seines öffentlichen Wirkens, bis zur Abschiedsrede, die er, nach 37jähriger Tätigkeit im Zentralverbande, am Freitag in der Delegiertenversammlung seiner Gesinnungsfreunde hielt. Bucks Abschiedsrede ist ein bemerkenswertes Dokument von unserer Zeiten Lauf: sie muß wutknirschend eingestehen, daß die verhaßte Arbeiterbewegung trotz alledem groß und einflußreich geworden ist, und zugleich bekräftigt sie die unverminderte Todfeindschaft gegen die Arbeiterbewegung und den haßerfüllten Vorsatz, den Vernichtungskampf gegen diese Bewegung mit allen Mitteln der Unternehmermacht und der Staatsgewalt fortzuführen.

Bueck leitete seine Ausführungen mit einer Verwahrung gegen den Vorwurf ein, daß der Zentralverband die Interessen der Fertigindustrien vernachlässigt habe und daß er allzu enge mit dem Bund der Landwirte verkehre. Das sei nicht der Fall, jedoch, so gab er zu, sei es eine offene Tatsache, daß Beziehungen zwischen Industrie und Landwirtschaft bestehen". Ueber Art und Wirkung dieser Beziehungen sagte er:

„Dem Zusammenstehen von Industrie und Landwirtschaft haben wir es auch allein zu verdanken, daß in den 70er Jahren sich der Umschwung vom bedingungslosen Freihandel zu einem maßvollen Schutzzollsystem vollzogen hat, ein Umschwung, der die Grundlage für den wunderbaren Aufschwung unseres wirtschaftlichen Lebens geworden ist. Deshalb sind wir auch bei dem neuen Tarif für die Wiederherstellung der durch die Anfang der 90er Jahre abgeschlossenen Handelsverträge mit stark herabgesetzten Getreidezölle eingetreten."

Hier ist in der Tat ein Hauptteil der Zentralverbandspolitik gekennzeichnet. Die Begründung dieses Verbands geschah unter der Losung: Zölle her für die schweren Industrien. Zur Durchführung dieser Losung geschah die Verbrüderung mit der agrarischen Grundbesitzerklasse, die sich in jenen Jahren gleichfalls zum „Schutzzoll" bekehrte. Großindustrie und Großgrundbesitz schlossen den Pakt auf gegenseitige Versicherung, in erster Linie auf gegenseitige Zollbewilligungen. Durch dieses Bündnis erfolgte auch wirklich ein „wunderbarer Aufschwung unseres wirtschaftlichen Lebens", nämlich eine ungeheuere Reichtumsansammlung vornehmlich in den Händen des Großkapitalismus, der dankbar auch das wirtschaftlich niedergehende Großagrariertum an dem Segen teilhaftig werden ließ. Die Millionäre wurden gezüchtet und den Massen wurden die Lebensmittel allmählich verteuert. Herr Bueck nennt natürlich diese Organisation der grandiosesten Volksausplünderung — „maßvolles Schutzzollsystem", und dieser Begriffsfälschung entspricht es auch, wenn er den „wunderbaren Aufschwung" laut rühmt, um sogleich darauf über die unerträglichen Lasten zu jammern, die den Industriellen durch die Sozialpolitik auferlegt würden, und über die Arbeiterbewegung zu schimpfen, die einen Teil von dem „wunderbaren Aufschwung" für die Arbeiterschaft beanspruchte.

Bueck wandte sich dann zu seiner Lebensbeschäftigung, der heftigen Polterrede wider Sozialdemokratie und Gewerkschaften:

„Die einzelnen Industriellen müssen für ihre Interessenvertretungen mehr tun. Wenn Sie wissen wollen, was Opferwilligkeit bedeutet so richten Sie Ihre Blicke auf die Sozialdemokratie und die sozialdemokratischen Gewerkschaften. Von der Sozialdemokratie wird ganz offen der Umsturz des Staates, die Vernichtung der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung gepredigt. Das tut sie in ihrer von dem Gefühl der Straflosigkeit gesteigerten Dreistigkeit. Die blutige Revolte in Moabit gibt die Erklärung für die Worte Bebels in Magdeburg, daß die Sozialdemokratie nicht vor der blutigen Revolution zurückschrecken würde, wenn es gilt, den preußischen Staat zu erobern. Leider haben wir aber mit Parteien und mit einer Presse zu rechnen, die die Sozialdemokratie für ungefährlich betrachtet und sogar für bündnisfähig.

Ich habe früher die Ansicht vertreten, daß auch selbst die stärksten Gewerkschaften der vereinigten Arbeitgeberschaft gegenüber nicht bestehen könnten. Diese Ansicht habe ich heute nicht mehr. Namentlich haben drei Kämpfe des letzten Jahres

so deprimierend auf mich gewirkt.

Der erste war die Aussperrung im Baugewerbe. Diese Aussperrung war überhaupt sehr gewagt, sie wurde nur in Sachsen und Süddeutschland mit einiger Schärfe ausgeführt. Sie war mangelhaft dort vorbereitet, Gelder waren nicht vorhanden. Es handelte sich immerhin um 180 000 Arbeiter, die ausgesperrt waren, und das wirkte natürlich auf das Wirtschaftsleben ungünstig. Daher hat das Reichsamt des Innern erfolgreich vermittelt. Es kam ein Ausgleich zustande, der aber einer Niederlage der Arbeitgeber gleichbedeutend ist. Ich habe den Mut der Herren vom Reichsamt bewundert, die die Garantie übernommen haben, daß die Arbeitgeber in drei Jahren imstande sein werden die Löhne zu erhöhen. Das Eingreifen der Reichsregierung in die Kämpfe der Arbeitgeber und Arbeitnehmer ist verfehlt. (Lebh. Zustimmung.) Bei derartigen Kompromissen zieht der Arbeitgeber immer den kürzeren. Die Behörde sollte sich in solche Streitigkeiten nicht einmischen und die Arbeitgeber würden gut tun, sich auf solche Vermittlungen nicht einzulassen. (Lebh. Zustimmung.) Redner bespricht dann die Aussperrung im Schiffsgewerbe in Hamburg. Die Verhandlungen mit dem Metallarbeiterverband führten zu einer vollständigen Niederlage der Werften. Aehnlich habe auch die Aussperrung der Straßenbahnangestellten in Bremen geendet. Welches sind nun die Lehren, die daraus zu ziehen sind? Einmal die, daß die bis ins kleinste und mustergültig geregelte Organisation der Arbeiter sich zu einer furchtbaren Macht entwickelt hat. Mit kleinen Aussperrungen werden sie dank ihrer mächtigen Organisation fertig. Aber immerhin würde bei einer Aussperrung von 460 000 Metallarbeitern der Sieg auf unserer Seite gewesen sein! Es handelt sich da um zwei Millionen Mäuler die täglich gesättigt werden müßten. Da würden die 50 Millionen der Gewerkschaften bald draufgegangen sein. Der Sieg wäre den Arbeitgebern sicher gewesen. Aber der großen Mehrzahl der Industriellen fehlt noch die Einsicht in die Lage und die Opferwilligkeit. Die jetzige Lage stellt den Arbeitgeber vor die Notwendigkeit, sich trotz aller aus erbärmlichen kleinen Motiven herbeigeführten Spaltungen der Industrie fest zusammenzuschließen, um mit unerschütterlichem Willen

die Gewerkschaften zu vernichten und niederzuschlagen

oder aber er muß sich unter die Aufsicht der sozialdemokratischen Hetzer und Aufrührer und unter die Kontrolle der gewerkschaftlichen Vertrauensleute stellen. Wenn das erreicht ist, dann hat die Sozialdemokratie ihre erste bedeutende Etappe erreicht zu ihren Zielen.

Wie ist es gekommen, daß zwei Millionen sozialdemokratisch Organisierter die fünfmal größere Zahl der übrigen gewerblichen und industriellen Arbeiter beherrschen und daß sie sie ihren gewerblichen Zielen dienstbar machen können? Das ist darin zu erblicken, weil eine eigentümliche sozialistische Geistesrichtung

namentlich in unserer Wissenschaft und Nationalökonomie

vorherrscht und damit Einfluß auf die Gebildeten bekommen hat (Lebh. Zustimmung) und weil in den sozialpolitischen Gesetzen der Sozialdemokratie fortgesetzt Vorschub geleistet wird. (Lebh. Beifall.) Das Koalitionsrecht ist zum Koalitionszwang geworden (Stürm. Beifall) der Arbeitswillige ist vogelfrei. (Erneuter stürm. Beifall.) Durch das Streikpostenstehen sind die Arbeitswilligen straflos dem bösen Willen der Genossen preisgegeben. Wir haben oft genug um Abhilfe gebeten, aber immer vergebens. Die höchsten Stellen in den Bundesstaaten und in der Reichsregierung sind der Ansicht, daß die bestehenden Gesetze genügen, um den Schand- und Untaten der Sozialdemokratie entgegenzutreten. Kürzlich war ich in dem Industriestädtchen Eilenburg, da schmachtete die ganze Einwohnerschaft unter der Tyrannei der Gewerkschaften. Sogar der Barbier fürchtet sich, den Arbeitswilligen den Bart abzunehmen. (Hört, hört! und Heiterkeit.)

Der Redner bedauert weiter lebhaft den Fall des Zuchthausgesetzes, woran auch die Liberalen Schuld getragen haben. Unter diesen Umständen hat die Sozialdemokratie offen, ohne daß sie bestraft wurde, den Umsturz der Gesellschaft und die Beseitigung der Monarchie vertreten. Durch die ihr gewährte Nachsicht hat die Sozialdemokratie das Recht auf die Straße sich fast erobert. Die viertägige Revolution in Moabit hat gezeigt, wie tief Ansehen und Autorität schon gesunken sind. Auch hier waren das Streikpostenstehen und die damit verbundenen Ausschreitungen die Ursache der Vorgänge. Alle diese Verhältnisse haben Ihr Direktorium veranlaßt, das Odium auf sich zu nehmen als schärfste der Scharfmacher verschrien zu werden, indem es Maßnahmen hiergegen verlangte. Aus einem Rundschreiben haben Sie bereits ersehen, daß das Direktorium bei der Reform des Strafrechts verschärfte Strafbestimmungen gegen die Untaten der Sozialdemokratie zu verlangen an der Zeit erachtet. (Stürm. Beifall.) Ich gehe aber noch weiter, ich erachte auch besondere Gesetze für notwendig. Die Regierung müßte dann aber anders vorgehen als bei der sogenannten „Zuchthausvorlage". Sie müßte dann erst alle verfassungsmäßigen Mittel anwenden um zu sehen, ob der Reichstag nicht doch geneigt wird, und wenn das nicht gelingt, würde die Regierung die Verantwortung von sich abgewälzt haben. Wenn erst durch scharfe Strafen die Sozialdemokratie für ihre Untaten zur Verantwortung gezogen wird, wenn die Arbeitswilligen erhobenen Hauptes auf der Straße gehen werden, was eigentlich in einem Rechtsstaate selbstverständlich sein sollte (Stürm. Beifall) erst dann werden auch die Industriellen imstande sein, an ihrem Teil für Recht und Gesetz mitwirken zu können. Davon sind wir aber heute noch weit entfernt.

Der Redner schloß also: Ueberwinden Sie die Spaltung in der Industrie, schließen Sie sich kräftig zusammen. Bedenken Sie, daß ein furchtbarer Entscheidungskampf noch zu kämpfen ist, daß unendliche Opfer notwendig sind, um den Sieg zu erringen. Wenn sie aber den Sieg errungen haben, werden die kommenden Geschlechter Sie betrachten als die Retter von Staat und Gesellschaft und vor allem als Retter unserer hohen Kultur, die zugrunde gehen müßte, wenn die Sozialdemokratie das Zepter in die Hand bekommen würde. (Stürmische minutenlange Beifallskundgebungen und Hochrufe.)

Es folgten dann Kundgebungen zur Ehrung Bucks und die Gründung einer Bueckstiftung zum Zweck der Förderung der Zentralverbandszwecke; 700 000 M. sind dazu schon bereit gestellt.

Der gewaltige Beifall, den die Ausführungen Bucks fanden, kennzeichnet die Stimmungen, Hoffnungen und Pläne der Herrschaften von der Großindustrie. Sie sind bereit, so viel nur irgend an ihnen liegt, das Testament ihres noch im Greisenalter streitbar tobenden Generalsekretärs im ganzen Umfange zu erfüllen.

Es offenbart sich, wie jäh in den Mammonsseelen des Großkapitals Aerger und Wut über den Vormarsch der Arbeiterbewegung aufschäumt. Man ist empört über den Ausgang der gewerkschaftlichen Kämpfe des letzten Sommers und über die politischen Siege der Sozialdemokratie. Man stimmt wildes Umsturzgebeul an. Man lästert die Bestrebungen der Arbeiter nach ein bißchen Lebensverbesserung als Untat und Schandtat. Man bedauert ingrimmig, daß frühere Versuche der Ausnahmegesetzgebung mißlungen sind und man fordert ungestüm, daß „endlich etwas geschehen solle". Man heischt neue Strafbestimmungen und Ausnahmegesetze, man hetzt Staatsanwälte und Justiz zur Verfolgung der Sozialdemokratie. Man klagt, daß die Regierung hie und da vermittelnd in die sozialen Kämpfe eingriff, und verlangt, daß sie dieses Beginnen unterlasse und statt dessen mit Zwang und Gewalt gegen alles vorgehe, was sozialdemokratisch und gewerkschaftlich heißt. Man beschwert sich auch bitter über Gelehrte und Professoren, die dem sozialistischen Geist entgegenkommen, und wünscht auch deren Maßregelung und Austreibung. Kurzum, ein vollständiges Programm der Vernichtung jeder Opposition, die sich gegen den gebietenden Industriefeudalismus erhebt.

Wenn diese Herren Industriefeudalen schließlich sich als „Retter unserer hohen Kultur" auftun, so mag solch Scherz den Ernst der Dinge ein wenig aufheitern. Die Herrschaft von Agrariern und Industriedespoten, begründet auf wirtschaftlicher Ausplünderung der Massen und Niederknüttelung jeder selbständigen Volksregung, das wäre in der Tat ein hehres Kulturideal!

Die erneute Kriegsansage des Zentralverbandes der Industriellen wird der kämpfenden Arbeiterklasse eine laute Mahnung sein. Mehr denn je gilt es für die deutsche Arbeiterklasse, auf dem Posten zu sein und emsigst zu rüsten, um den großen wirtschaftlichen und politischen Kämpfen der kommenden Zeit gewachsen zu bleiben!

Die Scharfmacher sind auf dem Kriegspfade!

Die Arbeiter müssen doppelt und dreifach für ihre Forderungen und Ziele kämpfen."

* * *

Der Kaiser, der Reichskanzler und die Scharfmacherbestrebungen.

Wie eifrig an den „maßgebenden Stellen" gewühlt wird, zeigen auch folgende Mitteilungen:

Die Königsberger Allg. Ztg. bringt die Nachricht, daß vor einiger Zeit die Möglichkeit eines neuen Arbeitswilligengesetzes, ähnlich der Zuchthausvorlage, sehr nahe gewesen sei. Der Kaiser sei namentlich durch Hamburger Einflüsse für den Plan gewonnen worden, der im Reichsamt des Innern wohlwollende bis begeisterte Aufnahme gefunden habe. Der Reichskanzler habe aber widersprochen. Vor einigen Wochen sei es Herrn v. Berlmann gelungen, den Kaiser umzustimmen und für seine Haltung zu gewinnen.

Vermutlich hält der Reichskanzler den gegenwärtigen Zeitpunkt für solche Sachen nicht für günstig!

Ferner wird den B. T. aus Dresden gemeldet: Ueber die Versuche nicht nur der preußischen Konservativen, den Reichskanzler für eine Ausnahmegesetzgebung gegen die Sozialdemokratie scharf zu machen, erfahre ich von besonderer Seite, daß diese Versuche tatsächlich noch in letzter Zeit angestellt worden sind, und daß man dabei auf die Vorgänge in Moabit angespielt hat. Der Reichskanzler ist aber für diese Wünsche wenig zugänglich gewesen, und er soll dabei den Scharfmachern unteren anderem erwidert haben: „Das bißchen Moabit!"

Labiau-Wehlau.

Niederlage der Konservativen.

Nach einer W. T.-B.-Meldung aus Labiau wurden am Freitag, dem Tage der Stichwahl, bis 10½ Uhr abends für Wagner (Fortschr. Volkspartei) 9762 und für den Konservativen Burchardt 7140 Stimmen abgegeben. Da nur noch das Ergebnis aus zwei kleinen Orten aussteht, ist die Wahl Wagners mit einem Mehr von über 2600 Stimmen gesichert.

Was die Hauptwahl am 2. Dezember schon als Tatsache ergab — eine schwere Niederlage der Konservativen, ihren Rückgang um 4500 Stimmen — ist durch die Stichwahl besiegelt worden. Für die Sozialdemokratie war es trotz mancher Einwände gegen die Persönlichkeit des Fortschrittlers eine Selbstverständlichkeit, den schwarz-blauen Burchardt endgültig beseitigen zu helfen. Das vollständige Resultat der Stichwahl wird den Beweis bringen, daß es den Konservativen (Hauptwahl: 7216 Stimmen) nicht gelungen ist, für die Stichwahl auch nur eine einzige Stimme mehr zu gewinnen, während unsere Genossen der Erwartung, mit eiserner Disziplin unserer Stichwahlparole zu folgen, durchaus entsprochen haben. Bei der Hauptwahl erhielt Wagner 5527 und Genosse Linde 3708 Stimmen; das sind 9235 Stimmen, so daß schon jetzt gegen die Hauptwahl ein reines Stimmenmehr von 527 Stimmen für Wagner erreicht ist.

Das Ergebnis ist um so erfreulicher, als von konservativer Seite die verzweifeltsten Mittel versucht wurden, es zu ihren Gunsten zu wenden. Es war ein mehr als niederträchtiger Schachzug, daß die konservativen Organe sich bemühten, die Wähler über den Termin der Stichwahl zu täuschen, indem sie wider besseres Wissen den 16. Dezember als Stichwahltag angaben, um die Wähler zu überrumpeln. Daß die bekannten „ostelbischen Wahlmittel" der Konservativen mit beispielloser Skrupellosigkeit angewandt wurden, haben wir bereits mitgeteilt. Aber weder der besorgte Geschäftseifer der Landgeräte und der zu konservativer Wahlhilfe kommandierten Gemeindevorsteher noch die Versprechungen und Drohungen, weder ostelbische Fuselspenden noch Herr Kunze aus Dresden als konservativer Retter haben das Gericht über die Konservativen abwenden können, das ihnen ein bedeutsames Vorspiel für 1911 sein wird.

Der Osten galt als sicherste konservative Domäne. Nach Labiau-Wehlau zeigt es sich, daß die „sichersten" konservativen Mandate verloren sind, wenn sich das liberale Bürgertum zu einer einigermaßen entschiedenen Politik entschließt. Anstatt sich an dem blöden Kesseltreiben gegen die Sozialdemokratie zu beteiligen, handelt es in seinem eigenen Interesse, wenn es dafür sorgt, daß sich der Kampf gegen die Fuselblöcklinge richtet, deren volksfeindliches und gemeingefährliches Treiben nicht nur Verhängnisse über die Massen der arbeitenden Bevölkerung, sondern auch über breite bürgerliche Schichten bringt. Wenn die Liberalen die Lehren von Labiau-Wehlau 1911 noch nicht vergessen haben, wird es ihnen nicht

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19101210/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG